



Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

Die große Koalition war eine Katastrophe

Nun ist sie endlich vorbei – die von niemand so richtig geliebte große Koalition. Und das ist gut so. Was hat sie denn schon gebracht? Nichts Nennenswertes und nichts Nachhaltiges. Schon vom Anfang an war klar, daß die SPÖ kein einziges Wahlversprechen (Abschaffung der Studiengebühren, Nichtbeschaffung der Abfangjäger usw.) halten kann. Da spielte die ÖVP einfach nicht mit. Der Bundeskanzler sah dabei überhaupt nicht gut aus. In „seiner“ SPÖ ging es drunter und drüber. An den großen Reformen wurde zum Teil nur herumgedoktert und dadurch so manch Gutes nur schlechter gemacht. Wirkliche Reformen fanden nicht statt. Einmal paßte der SPÖ und ein anderes Mal der ÖVP dies und jenes nicht. Obwohl im sogenannten Regierungsübereinkommen die Reformvorhaben ausgehandelt wurden, bremste man sich bei deren Umsetzungsversuchen gegenseitig aus.

Als dann der Bundeskanzler und sein Parteiobmann auch noch in reinster populistischer Absicht einen Brief an den KRONE-Herausgeber verfassten, in dem sie plötzlich die Liebe zum Wahlvolk neu entdeckten, war es endgültig vorbei mit dieser Koalition. Was forderten nun die beiden SPÖ-Chefs in diesem Brief? Eigentlich nur die - in der Verfassung verankerte - Volksabstimmung wieder mehr in den Vordergrund zu stellen. Im besonderen aber ging es den beiden wohl um den von Rot-Schwarz-Grün im Parlament in selbtherrlicher Absicht abgesegneten Lissabon-Vertrag, den aber die Mehrheit der Bevölkerung entschieden ablehnte. Den, sollte er noch einmal zur Ratifizierung gelangen, wollte die SPÖ dann dem Volk zur Abstimmung vorlegen. Da ging dem ÖVP-Vizekanzler ganz gewaltig der Hut hoch. Nach dem Motto: „Wir lassen das Volk nicht abstimmen - da es ja sowieso nichts von der Materie versteht und außerdem zu blöde ist!“ Die SPÖ-Spitze war ja auch - bis zu besagtem Brief - derselben Meinung.

Da sich die ÖVP (sollte eigentlich ihren Parteinamen von Österreichische Volkspartei in Internationale Unternehmerpartei, Sektion Österreich umbenennen) ja schon seit langem in die Arme der Globalisierer geworfen hat und sich als ihre Vorhut ansah, mußte sie diese „schreckliche Koalition“ beenden. **M.H.**

Karl Georg Ohse, 45

Wer das ist? Wir zitieren den linken SPIEGEL, 27/07: „Ohse ist Chef des MBT, des Mobilien Beratungsteams für demokratische Kultur, Außenstelle Schwerin. Das MBT besteht aus Ohse und zwei Kolleginnen, wird finanziert von der Bundesregierung und dem Land Mecklenburg-Vorpommern. Das MBT soll bedrängte Demokraten lehren, sich gegen die neue, erfolgreiche NPD zu wehren.“

Die in drei Jahren in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern aufgestiegen ist. Also auf gut deutsch: Mobile Einsatzteams der Bundesregierung für organisierten Gesinnungsterror.

Wien eine der sichersten Städte Europas?

So oder so ähnlich hört man es zu gegebenen Anlässen aus dem Mund unserer roten Rathausbonzen. Wenn seit Jahresbeginn bereits 10 Postboten in Ausübung ihrer Tätigkeit überfallen wurden, dann kann man sich leicht ausrechnen, wie es wirklich um die Sicherheit in Wien bestellt ist:

„Die Österreichische Post reagiert auf die steigenden Überfälle auf Postboten. Bis auf weiteres werden Geldzustellungen in Wien eingestellt. Heuer wurden bereits zehn Postzusteller in Wien überfallen. Erst am Montag wurde in Wien-Favoriten ein Postbeamter zusammengeschnitten und ausgeraubt - und das trotz erhöhter Sicherheitsmaßnahmen, die von der Post seit Mitte Juli ergriffen wurden.“



Das Wahlversprechen der ÖVP für die NR-Wahl 2008 mit dem Inhalt „Ohne Deutschkurs keine Zuwanderung“ hat nur einen Schönheitsfehler.

Nämlich den, daß es auf einem Wahlplakat steht. Denn solche Lippenbekenntnisse sind nicht einmal das Papier wert, auf dem sie gedruckt werden. Um bei uns „leben“ zu können, sollten Zuwanderer bereits der deutschen Sprache mächtig sein, bevor sie eine Aufenthaltsgenehmigung für Österreich beantragen. **M.H.**

Die Rekordpensionen der EU-Beamten

Ein Schreiben des bundesdeutschen Finanzministeriums demaskiert die EU als Eldorado für Beamtengehälter und dann für ihre Pensionen. Während bei uns in Österreich aber auch in der Bundesrepublik die Pensionen unter Tricks der Verwaltung und der Geldentwertung immer mehr schrumpfen und vielfach dem Existenzminimum zusteuern, bekommen die 14.000 Pensionsempfänger der EU-Institutionen durchschnittlich eine Jahrespension von 70.124 € also eine **monatliche Rente von 5.844 €** Wohl gehen monatlich rund 1.000 € für Steuern und Sozialabgaben weg, aber was von der Pension übrig bleibt, ist noch immer gigantisch gegenüber der Rente des einfachen Bürgers der EU.

Die rund **32.600 Beamten der EU** (und es werden immer mehr) müssen jeden Monat 10.25 % des Bruttolohnes in einen Fonds einzahlen, der gerade noch rund ein Drittel der Beamtenpensionen deckt. **Den größeren Anteil aber tragen die EU-Mitgliedsstaaten**, sofern sie Zahler sind, also Du und ich.

Inzwischen werden an die ehemaligen Beamten der EU **jährlich 963 Millionen € also fast eine Milliarde €** ausgezahlt. Und die Zahl der Pensionisten steigt und steigt. So erwartet man, daß nahezu die Hälfte der Beamten demnächst in Pension gehen. Das ist eine Kostenbombe.

Der Grund des Übels aber ist die ständig wuchernde Beamtenschaft. Kein Wunder bei der guten Bezahlung. So ist in einigen Bereichen in nur kurzer Zeit das Personal um 150% gestiegen, dazu kommen diverse Agenturen - und wie die Europaabgeordnete Inge Gräßle (CDU), Sprecherin im Haushaltskontrollausschuß des Europaparlamentes herausfand: „**Hinzu kommt, daß sich fast jeder Zweite der rund 32.600 Beamten in der Kommission nur mit der internen Verwaltung beschäftigt.**“

Der Beobachter . . .

. . . mußte zusehen, wie sich die FPÖ unter HAIDER seinerzeit von der ÖVP und einem seltsamen Herrn KLESTIL über den Tisch ziehen hat lassen. Dann wurde versucht, die FPÖ mit dem BZÖ zu zerschlagen – das war ein klassischer Schuß in den Ofen, wie die letzten Wahlergebnisse in Niederösterreich und Tirol zeigten.

Nun wurde die SPÖ von der ÖVP über den Tisch gezogen und keiner will etwas bemerken. Die SPÖ hat ihre sozialen Kernkompetenzen längst bei Nacht und Nebel auf der Müllhalde der Politik entsorgt. Aber warum man in der SPÖ noch immer auf Versager wie VRANITZKY und Co hört, ist ein Rätsel.

Der neutrale Beobachter fragt sich, welche Interessen welchen Volkes diese ÖVP wirklich vertritt? Jedenfalls wurden und werden die Bauern, aber auch die Gewerbetreibenden am Altar der EU geopfert.

Muhamed HÄUPL wieder ermöglicht mit unseren Steuergeldern einigen asozialen Arbeitsscheuen in der Wiener Johnstraße 45 ein sorgloses Leben mit Sex, Alkohol und Drogen und sorgt mit einem Hundeverbot auf der (Wiener) Donauinsel für Freude bei den integrationsunwilligen islamischen Neubürgern.

Wenn sich diese seltsamen Einwanderer bei uns nicht wohlfühlen, warum sind Sie dann gekommen und geblieben? Mögen Sie doch wieder verschwinden! Als positiver Nebeneffekt wäre unser Gesundheitssystem gerettet, weil man mit den nun übrigbleibenden Millionen € die einheimischen Familien fördern könnte.

Der Beobachter stellt fest, daß man für Betrug und Unterschlagung von 1,7 Milliarden Euro, das waren rund 25 Milliarden guter alter Schillinge, bloß einige Jahre im Gefängnis warten muß, um dann den Rest des Lebens sorglos im sonnigen Süden verbringen zu können, während man als Veranstalter von Sonnwendfeiern und Volkstanzabenden mit bis zu 20 Jahren Haft bedroht wird, außer man gehört den roten Falken oder der katholischen Jugend an. Wesentlich billiger aber kommen Diebe, Räuber und Kinderschänder davon.

Das sommerliche Gustostück lieferte jedoch der Bundeskanzler. indem er verkündete, daß eine weitere EU-Vertragsänderung ohne Volksabstimmung nicht sein werde. Warum er aber die Letzte ohne Wenn und Aber unterzeichnet hat, wollte er nicht erklären. Darüber hinaus ist sein Versprechen obsolet, da er nur mehr ein paar Tage als Bundeskanzler der schlechtesten Regierung der 2. Republik im Amt ist.

Man wird beobachten, wie lange sich die Bevölkerung noch von Lügnern und anderen dubiosen Typen frozzeln läßt.

Meine herzlichsten Grüße und Gratulationen gehen nach Irland, denn sie haben das Maximum aus der EU herausgeholt, kein Ausländerproblem und als Draufgabe der Diktatur in Brüssel ein überzeugendes, klares NEIN gesagt.

Walter STECHER

Kredite an Bordelle

werden in Österreich großzügigst vergeben. Gewinne anscheinend garantiert. Einige Beispiele (aus den jeweiligen Grundbüchern):

Im folgenden einige Namen, Kredithöhe und Kreditinstitut:

Variete Vienne, 1020 Wien, Bankhaus Krenschker & Co. 24.356.000,— ATS

Total Sexy, 1020 Wien, Zentralsparkasse Wien, Länderbank Austria und Bank Austria 2.395.350,— ATS

Bordellbar Riesenradl, 1020 Wien, PSK Bank 48.949.000,— ATS

Fortuna Bar, 1070 Wien, Sparkasse Niederösterreich – Mitte West 63.641.288,— ATS

Bordell Puppenhaus, 1200 Wien, Raiffeisenbank NÖ-Wien 61.921.350,— ATS usw.

Skandal um Deutschlandlied

Bei der Siegerehrung einer Reitsportveranstaltung im brandenburgischen Nunsdorf erklang versehentlich aufgrund einer CD-Verwechslung die erste Strophe des Deutschlandliedes über den Lautsprecher. Der anwesende SPD-Bundestagsabgeordnete Dackert war entsetzt, wandte sich an die Turnierleitung, den Ton abzdrehen, und erklärte: „Ein extrem ärgerlicher Zwischenfall“.

Nachricht aus dem Süden

Man kann sich vieles vorstellen. Manches Unvorstellbare geschieht dennoch!

Am 17. April d. J. gab es etwa 100 Hausdurchsuchungen im Rahmen der Operation „Odessa“ in Südtirol. Jeweils eine Hausdurchsuchung fand in Nordtirol und in Niederösterreich statt. Es erfolgten 16 Verhaftungen. In den Medien, allen voran die linke Tageszeitung „Die Neue Südtiroler Tageszeitung“ wurden alle Namen, sowie andere Daten veröffentlicht! Die Berichterstattung gleicht einer Güllegrube und ist als reine Perversion zu betrachten. Das Schreckliche an den durchsuchten und verhafteten Personen: Sie fühlen Deutsch! Der Vorwurf: Gründung einer terroristischen Organisation! Es liegt eines klar auf der Hand: Nämlich, daß sich der Südtiroler zum Verbrecher macht, der sich nicht als Italiener sieht und sich somit gegen den Faschismus wendet. Ebenso sind der Nordtiroler und der Niederösterreicher eindeutig als Verbrecher abzuurteilen, da sie dieses antifaschistische Treiben unterstützen!

Weitere Informationen folgen in der nächsten Ausgabe!

Andreas Mayerhofer

Zitat

Dem Kapitalismus wohnt ein Laster inne: Die Verteilung der Güter.

Dem Sozialismus hingegen wohnt eine Tugend inne: Die gleichmäßige Verteilung des Elends.

Winston Churchill, (1874 - 1965)

!! Veranstaltungen !!

Wilhelm Stadtlinger

spricht über

Bevölkerungsexplosion ??

> Donnerstag, 25. September 2008, 19.45 Uhr <

Diskussion

über

„Nach der Wahl 2008“

> Donnerstag, 02. Oktober 2008, 19.45 Uhr <

Heinz Mühlbach

spricht über

„Die Journaille“

> Donnerstag, 09. Oktober 2008, 19.45 Uhr <

Nächste Veranstaltungen am 30.10. u. 06.11.2008

***Der Wiener Beobachter, unsere regionale Zeitschrift
Kommentare zum Zeitgeschehen, unsere überregionale
Zeitschrift***

Sie finden Vertreter der AFP jeden Donnerstag ab 19.30 Uhr im

Dr.-Fritz-Stüber-Heim, 1160 Koppstr. 72

(Eingang Kreitnergasse, Kellerlokal)

Bus 48A (Panikengasse); Straßenbahn 9 (Koppstraße)

- Geschlossene Veranstaltungen! -

Dieser **Wiener Beobachter** gilt als Einladung

Wir danken für jede Spende!

Verwüsteter Jugendtreff

... nicht etwa von blutrünstigen, bestialischen Neonazis, sondern von den Benutzern des mit Pomp und Trara am 28. Jänner 2008 in Langenrohr/NÖ eröffneten Jugendklubs „Laro“, betreut von Berufsjugendarbeitern des Vereins „Moja“ aus Wiener Neudorf - einer der unzähligen Vereine, die Linken und Chaoten Lohn und Brot sichern. Mag. Max Feussner, Leiter von „Moja“ stellt trocken fest: „Das Konzept, das wir anfangs in Langenrohr hatten, ist offensichtlich schief gelaufen.“ Tatsächlich. Und wie!

Als es unlängst Probleme zwischen Jugendlichen und Betreuern gab - und es waren nicht die ersten -, wurden die Jugendlichen gebeten (!), sich einen Ausweg zu überlegen und miteinander zu diskutieren. Die Betreuer gingen für eine Stunde spazieren oder auf einen Kaffee oder vielleicht auch zu einer Diskussionsrunde.

In dieser Stunde begannen die Jugendlichen, gemeinsam und gründlich den Jugendtreff einfach zu zerstören und zwar in seine kleinsten Bestandteile. Einer der Betreuten fuhr sogar mit seinem Moped in den Raum, kreuz und quer. Die Wände wurden beschmiert, das Inventar kurz und klein geschlagen.

Wie gelegentliche Besucher berichten, wurde auch vorher und unter den Augen der Betreuer nicht nur geraucht, sondern Alkoholika rucksackweise in den Treff gebracht, sofern die Besucher nicht schon betrunken ankamen. Also: Der Jugendtreff in Langenrohr ist ein Trümmerfeld. Dazu der zuständige Vizebürgermeister Leinfellner: „Seitens Moja sagte man uns, daß mit derartigen Vorkommnissen zu rechnen ist.“ Nett, nicht?

Eine studierte Sozialarbeiterin aus Vorarlberg namens Tschabrunn meint zu dem Vorfall: „Jugendliche haben schon immer so reagiert, nur wird das durch die heutige Medienpräsenz einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.“ Na also - die verdammten Medien! Allerdings gesteht Frau Tschabrunn ein: „Es hat sich in den letzten Jahren schon einiges geändert.“ Und in den letzten Jahrzehnten erst recht! Die Frau Bürgermeister sieht das nicht so eng. „Ich fasse solche Aktionen (!) als Hilfeschreie auf, die nicht nur alle anderen, sondern auch die Eltern hören sollten.“ Frau Bürgermeister Anneliese Federmann weiter: „Alkohol im Jugendtreff muß tabu sein. Sonst müssen wir uns den Fortbestand des Jugendklubs überlegen.“ Die Sozialarbeiter, also die Verantwortlichen von „Moja“, werden von der Frau Bürgermeister allerdings ausdrücklich gelobt und zwar als engagiert und gewissenhaft. Der Trümmerhaufen schaut danach aus.

Bei einer Meinungsumfrage des lokalen Bezirksblattes Tulln meint ein Herr Josef Hauser wörtlich: „Die jetzigen Eltern wurden von der 68er-Generation erzogen, die keine Grenzen gesetzt hat. Verhängnisvoll!“

Jetzt sollen die Zerstörer ihr zertrümmertes Jugendheim selber wieder aufbauen. Hören Sie im Hintergrund ein leises Kichern? Es ist der verblödete Zeitgeist. **K. W.**

„Ich wohne seit 50 Jahren in diesem Gemeindebau“

Unter „Menschlich betrachtet“ berichtet Prof. Reinald Hübl (Kronenzeitung 18.07.2008) folgendes:

Der Hilferuf einer verzweifelten Frau aus Wien-Ottakring erreichte mich. Die Österreicherin schreibt mir: „Ich wohne seit 50 Jahren in diesem Gemeindebau. Was sich jetzt hier abspielt, ist schrecklich.

Haben wir Alten keine Rechte mehr? Wir würden auch gerne im Park sitzen. Geht aber nicht. Die ausländischen Mitbewohner haben alles in Beschlag genommen. Wenn wir etwas sagen, müssen wir uns Beleidigungen, Beschimpfungen und Drohungen anhören...“

Überall, so beklagt sich die Frau weiter, werde mit Rädern und Rollern gefahren, alles werde kaputt gemacht, alles sei beschmiert, die Durchgänge voller Schmutz weil die Mütter zu faul seien, die Kinder aufs Klo zu führen. „Macht einfach dorthin!“

Fleisch, Käse und Nudeln würden den Vögeln hingeworfen, die Ratten seien unterwegs.. Flaschen und Zigarettenstummel würden aus den Fenstern geschmissen. „Als wir Kinder waren, mußte zwischen zwölf und zwei Ruhe sein. Heute ist da alles ganz anders. Die Waschküche sei versaut, niemand schaue auf Ordnung und Sauberkeit.

Die Polizei? Die Leute von „Wiener Wohnen“? Ohne Erfolg. Die Politiker? Die Beamten? Geredet wird geschreit, getan nichts. „Nichts für ungut, es stinkt zum Himmel.“

„Nichts für ungut, aber hier mangelt es an Menschlichkeit“, meint Prof. Hübl und wir schließen uns an.

Belohnung

Der ehemalige und abgesprungene FPÖ-Landtagsabgeordnete Thomas Ram aus Niederösterreich hat wie alle seine Vorgänger die Belohnung erhalten: Ab sofort ist er Obmann der ÖVP-finanzierten „Jungen Wirtschaft“.

Wiener Beobachter, Folge 225- Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internet: www.wiener-beobachter.at, www.afp-aktiv.info;

Jahresbezug: eur 10,00; Konto: BAWAG 04210-833-132; Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien * Verlagspostamt: 1170 Wien